

Die folgenden Argumente sprechen gegen die Realisierung der geplanten Landesgartenschau (LGS) in Erlangen („Sie stimmen beim Bürgerentscheid mit Ja“):

Das geplante Areal der Erlanger Landesgartenschau liegt zu 75% in einem durch Hochwasser gefährdeten Landschaftsschutzgebiet (westlicher Teil). Die anderen 25% befinden sich auf dem Großparkplatz West. Die Autobahn A73 (Frankenschnellweg) zerschneidet die Landesgartenschau.

1. Mit der LGS auf der Wöhrmühlinsel und in den Regnitzauen wird in eine naturnahe Flusslandschaft mit zahlreichen Tier- und Pflanzenarten empfindlich eingegriffen (Baum- und Heckenfällungen, Verkehrssicherung). Große Teile sind heute Landschaftsschutzgebiet mit Betretungsverbot. Im Bundesnaturschutzgesetz, §26 (2), steht: "In einem Landschaftsschutzgebiet sind ... alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen." Dies muss geprüft werden. Würden die in der Bewerbungsbroschüre der Stadt eingezeichneten Freizeitflächen auf der Wöhrmühlinsel umgesetzt, würden sich das Müllproblem und die Lärmbelastung im gesamten Landschaftsschutzgebiet noch verstärken. Eine Kulturbühne, Großveranstaltungen und Gastronomie sorgen für eine weitere Beschallung von großen Teilen Alt-Erlangens.
2. Die LGS schafft in Erlangen keine neuen Grünflächen, sondern eine einmalige, teilweise an Urwald erinnernde Flussaue, wird mit Wegen und Stegen erschlossen, was Abholzungen mit sich bringen dürfte. Dort, wo heute nur wenige Menschen die Tierwelt stören, werden zur LGS bis zu 1 Million Besucher durchgeschleust werden.
3. Die LGS soll in einem Überschwemmungsgebiet stattfinden. Das Hochwasser gefährdet die LGS in der Bauphase, während der Ausstellung und in den Folgejahren. Die Nachhaltigkeit ist damit nicht gewährleistet.
4. Der geschätzte Großparkplatz wird wesentlich teureren Parkhäusern weichen müssen. Der „Abholparkplatz“ hinter dem Bahnhof wird möglicherweise verschwinden.
5. Im Gespräch ist ein neuer Busbahnhof hinter den Arcaden. Die Konsequenz wäre: Neben dem bisherigen starken Verkehr würden dann dort zukünftig auch noch die Reise- und Landkreisbusse fahren. Zudem müssten auch die Landratsamts-Mitarbeiter und -Besucher sowie die StUB durch diesen engen Güterhallentunnel geschleust werden.
6. Bedingt durch jahrelange Baumaßnahmen in sensiblen Innenstadtgebieten ist ein forciertes Ladensterben zu befürchten.
7. Bisher werden 16 Mio. € Investitionskosten (Investitionshaushalt) veranschlagt. Hierbei sind noch keine Kosten für den Rückbau und die nachhaltige ökologische Pflege enthalten. Zudem ist damit zu rechnen, dass die kalkulierten Kosten bis 2024 weiter steigen werden, die Zuschüsse in Höhe von maximal 3,6 Mio. € bleiben aber gleich. Hinzu kommen auch noch die Kosten für die Durchführung (Durchführungshaushalt). Diese refinanzieren sich nur teilweise durch Einnahmen.
8. Nach der Landesgartenschau soll der begrünte Großparkplatz zurückgebaut werden und einer privaten Wohn- und Gewerbebebauung weichen. Der Bayerische Oberste Rechnungshof kritisierte die Veräußerung von geförderten Anlagen bei Landesgartenschauen in anderen Städten (Jahresbericht 2014 T22.4.1). Diese müssen der Allgemeinheit auf Dauer uneingeschränkt zugänglich sein - hierauf muss in Erlangen geachtet werden!
9. Würde die Ideensammlung der Bewerbungsbroschüre umgesetzt und das alte Parkhaus tatsächlich zu einer "atriumartigen Blumenhalle" umgebaut und anschließend nach der LGS abgerissen, so wäre dies eine Investition ohne Nachhaltigkeit. Auch die Idee, eine Brücke über die Autobahn mit behindertengerechten Außenaufzügen zu bauen, würde unnötige Kosten verursachen, da sich ein großer Tunnel zur anderen Seite gleich in der Nähe befindet.
10. Das Areal der LGS ist zu klein, um attraktiv zu sein. Die Lärm- und Abgasbelastung ist dort und auf dem Großparkplatz enorm hoch.
11. Der heutige Großparkplatz soll einem neuen Stadtteil mit angeblich „hohen ökologischen Anforderungen“ weichen, gelegen zwischen A73, zahlreichen Parkhäusern mit Anfahrts- und Abfahrtslärm sowie neu ausgebauten Bahnlinien! Wir meinen, dass dieser Standort nicht zum Wohnen geeignet ist.